

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Drucksachen 11/7500 und 11/7970

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

VORLAGE
11/ 3403

Bericht über das Ergebnis der Beratungen

des Hauptausschusses

Berichterstatlerin Abgeordnete Ruth Hieronymi **CDU**

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei - wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 29. September, 20. Oktober und 3. November 1994 beraten. In die Beratungen mit einbezogen wurden die mit Schreiben des Ministerpräsidenten vom 29. August 1994 übersandten zusätzlichen Erläuterungen für die Beratungen im Landtag Nordrhein-Westfalen - Vorlage 11/3222 - sowie die nachträglich auf Wunsch des Ausschusses ergänzenden Erläuterungen

Vorlage 11/3275,
überreicht mit Schreiben vom 23. September 1994, betreffend die Titelgruppen 72 (internationale Zusammenarbeit) und 76 (Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen),

Vorlage 11/3350,
überreicht mit Schreiben vom 28. Oktober 1994, betreffend die Vorhaben der Titelgruppe 71, ergänzende Erläuterungen zu den Titelgruppe 72 und 76, Projekte aus dem Deutschlandprogramm der Landesregierung, Titelgruppe 73, sowie Haushaltsansätze für die Entwicklungshilfeleistung der Ressorts,

Vorlage 11/3352,
überreicht mit Schreiben von Oktober 1994, Diskussionspapier zur neuen Flüchtlingspolitik der Landesregierung,

Vorlage 11/3446,
überreicht mit Schreiben vom 11. November 1994, zu Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung.

Mit in die Beratungen einbezogen wurden darüber hinaus

ein Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen e.V. vom 8. September 1994 - Zuschrift 11/3520 - sowie

ein Schreiben des Vereins Evangelischer Sozialseminare von Westfalen e.V. vom 26. September 1994 - Zuschrift 11/3548.

Der Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" hatte durch den Vorsitzenden mit Schreiben vom 23. September 1994 sein Interesse an der Mitberatung der europa- und entwicklungspolitisch relevanten Ansätze des Einzelplans 02 bekundet.

In der Sitzung des Ausschusses am 3. November 1994 teilte der Vorsitzende des Unterausschusses mit, daß aus terminlichen Gründen ein Abschluß der Beratungen bis zur abschließenden Sitzung des Hauptausschusses am 24. November 1994 nicht möglich sein wird. Ein Beratungsergebnis zum Kapitel 02 030 - Europaangelegenheiten - könne deshalb dem Hauptausschuß nicht vorgelegt werden.

B Zu den einzelnen Änderungsanträgen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte zu Kapitel 02 020 die Neueinrichtung eines Titels mit der Zweckbestimmung "NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen" beantragt und hierzu einen Ansatz in Höhe von 750 000 DM vorgeschlagen. Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. wollten diesem Antrag nicht folgen, weil sie es für nicht sinnvoll hielten, im Rahmen der Haushaltsberatungen dieses Thema zu diskutieren. Im übrigen müsse man - so die Sprecher von CDU und SPD - konkrete Vorstellungen zum Einsatz der ausgebrachten Mittel haben, um einem solchen Antrag zu folgen. Der Kulturausschuß habe sich im übrigen bereits mehrfach dieses Themas angenommen und inzwischen vom Kultusministerium eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Aufbereitung des vorliegenden Materials erbeten. Der Ausschuß kam überein, spätestens im Februar 1995 das Thema auch im Hauptausschuß zu diskutieren und die hierzu bereits erstellten Unterlagen beim zuständigen Ministerium anzufordern.

Den Antrag zog die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daraufhin zurück.

Der Antrag lfd. Nr. 6 wurde von der CDU-Fraktion ausdrücklich mitgetragen. Er sei ein Schritt in die richtige Richtung, weil es mit der beantragten Mittelerhöhung möglich sein müßte, Armut vor Ort zu bekämpfen und hierdurch Emigrationsbestrebungen entgegenzuwirken, so deren Sprecher. Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte mit dem erhöhten Mittelansatz ein langfristiges Projekt in Gang setzen. Anders als die Fraktion der CDU würde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierdurch gern ein Bündel von Einzelmaßnahmen finanziert sehen, um zu einer entsprechenden Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung zu kommen. Dies sei - so die Sprecherin - auch im Zusammenhang mit dem Antrag lfd. Nr. 7 zu sehen, der darauf abziele, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Hierzu sollen rund 20 Mitarbeiter eingestellt werden, um in enger Anbindung an die Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt Ziele und Inhalte der Entwicklungspolitik besser öffentlich darzustellen. Der Sprecher der CDU-Fraktion sah sich aufgrund dessen veranlaßt, noch einmal darauf hinzuweisen, daß man mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Zielrichtung einig sei, aber bei der Verwendung der Mittel unterschiedliche Auffassungen vertrete. Er hielt es im übrigen für verfrüht, bereits jetzt durch konkrete Anträge die Anhörung des Unterausschusses Europa zur Entwicklungspolitik umsetzen zu wollen. Der Ausschuß habe sich am 23. November darauf verständigt, zu einer umfangreichen Auswertung zu kommen und erst danach Konsequenzen zu ziehen.

Zu den Anträgen lfd. Nr. 8 und 9

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion wurde von der Staatskanzlei bestätigt, daß die bei Titel 429 73 vorgesehene Kürzung um 50 000 DM möglich ist, ebenso wie die bei Titel 653 73 von der SPD-Fraktion beantragte Kürzung um 150 000 DM. Aus letzteren Titeln sei lediglich noch die Abwicklung verschiedener Projekte zu finanzieren, hierfür reiche der Restbetrag aus.

Zu den Anträgen lfd. Nr. 14 und 15

Die CDU-Fraktion möchte mit ihrem Antrag den Status quo erreichen und der Landeszentrale für politische Bildung die gleichen Mittel zubilligen wie 1994. Die Sprecherin äußerte darüber hinaus die Überzeugung, daß die jetzige Struktur der Weiterbildung angesichts der Kosten nicht mehr vertretbar scheine. Hier müsse man neue Wege beschreiten und nach neuen Lösungen suchen.

Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, daß ihrer Fraktion daran gelegen sei, die von der Landesregierung vorgeschlagene Kürzung der Mittel um insgesamt 480 000 DM wieder rückgängig zu machen. Darüber hinaus soll der Titel um weitere 320 000 DM aufgestockt werden, um die normalen Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten auffangen zu können.

Zu Antrag lfd. Nr. 17

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion nimmt das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen Aufgaben wahr, die durch die Universitäten des Landes geleistet werden könnten. Deshalb sei es angesichts der allgemeinen Haushaltslage folgerichtig, deren Mittelansatz zu kürzen. Auch die F.D.P.-Fraktion hält eine Überprüfung der Zielsetzung des Wissenschaftszentrums für dringend erforderlich.

C Gesamtabstimmung

In der Abstimmungssitzung am 24. November 1994 wurde der Entwurf des Einzelplans 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den sich aus der Anlage ergebenden Änderungen angenommen.

Reinhard Grätz
Vorsitzender

Änderungsanträge der Fraktionen im Hauptausschuß

zum Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	Kapitel 02 010 Titel 531 10 Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit) Der Ansatz wird gekürzt. von um auf 3 300 000 DM 1 000 000 DM 2 300 000 DM	abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE nein Enth. Enth. ja
2	CDU	Kapitel 02 010 Titel 531 10 Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit) Der Ansatz wird gekürzt. Begründung Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage sind die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit um 10 % zu reduzieren.	abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE nein ja Enth. ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	Kapitel 02 010 Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung von 2 000 000 DM um 500 000 DM auf 1 500 000 DM Der Ansatz wird gekürzt.	abgelehnt SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja
4	CDU	Kapitel 02 010 Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung von 2 000 000 DM um 200 000 DM auf 1 800 000 DM Der Ansatz wird gekürzt. Begründung Die allgemeine Haushaltslage zwingt dazu, die Repräsentationsverpflichtungen um 10 % einzuschränken.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja
5	GRÜNE	Kapitel 02 020 Titel 534 71 Für die Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit von 550 000 DM um 4 000 000 DM auf 4 550 000 DM Der Ansatz wird erhöht.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis										
6	GRÜNE	Kapitel 02 020 Titel 684 71 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit <table><tr><td>Der Ansatz wird erhöht.</td><td>von 350 000 DM um 1 950 000 DM auf 2 300 000 DM</td></tr></table> Begründung Der Zuschuß an die Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren LAG 3W soll um 350 000 DM erhöht, zugleich ein Programm mit rd. 20 Mitarbeitern (1 600 000 DM) neu aufgelegt werden.	Der Ansatz wird erhöht.	von 350 000 DM um 1 950 000 DM auf 2 300 000 DM	abgelehnt <table><tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr><tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr><tr><td>F.D.P.</td><td>nein</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr></table>	SPD	nein	CDU	nein	F.D.P.	nein	GRÜNE	ja
Der Ansatz wird erhöht.	von 350 000 DM um 1 950 000 DM auf 2 300 000 DM												
SPD	nein												
CDU	nein												
F.D.P.	nein												
GRÜNE	ja												
7	SPD	Kapitel 02 020, Titelgruppe 73 Deutschlandprogramm der Landesregierung Ziff. 1 des Haushaltsvermerks erhält folgenden Wortlaut: 1. Die Aufgaben der Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.	angenommen <table><tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr><tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr><tr><td>F.D.P.</td><td>nein</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr></table>	SPD	ja	CDU	ja	F.D.P.	nein	GRÜNE	ja		
SPD	ja												
CDU	ja												
F.D.P.	nein												
GRÜNE	ja												

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD	Kapitel 02 020 Titel 429 73 Nicht aufteilbare Personalausgaben Der Ansatz von 50 000 DM wird um 50 000 DM gekürzt. auf 0 DM Begründung Die Kürzung wird als Deckung für Kapitel 05 830, Titel 685 60, (Filmbüro Mülheim) in Einzelplan 05 herangezogen.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja
9	SPD	Kapitel 02 020 Titel 653 73 Zuweisungen für den kommunalen Bereich a) Der Ansatz von 450 000 DM wird um 150 000 DM gekürzt. auf 300 000 DM b) Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500 000 DM wird gestrichen. Begründung Die Kürzung wird als Deckung für Kapitel 05 830, Titel 685 60, (Filmbüro Mülheim) in Einzelplan 05 herangezogen.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	Kapitel 02 040 Titel 541 10 Medienforum NRW Der Ansatz wird von 1 000 000 DM auf um 300 000 DM gekürzt. auf 700 000 DM	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja
11	GRÜNE	Kapitel 02 040 Titel 541 20 Filmfestival Nordrhein-Westfalen Der Ansatz wird von 350 000 DM auf um 100 000 DM gekürzt. auf 250 000 DM	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE ja
12	GRÜNE	Kapitel 02 040 Titel 685 10 Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein- Westfalen GmbH Der Ansatz wird von 18 900 000 DM auf um 10 000 000 DM gekürzt. auf 8 900 000 DM	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	CDU	Kapitel 02 040 Titel 685 10 Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH Der Ansatz wird gekürzt. Begründung Es ist unverhältnismäßig, die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung um 990 000 DM zu reduzieren, während die Mittel für die Filmstiftung NRW um 1 900 000 DM erhöht werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja
14	CDU	Kapitel 02 050 Landeszentrale für politische Bildung Die Gesamtausgaben von 41 004 500 DM werden um 884 300 DM erhöht. auf 41 888 800 DM Begründung Gerade freie Bildungsträger und Volkshochschulen, die von den Kürzungen besonders betroffen sind, sind auf den Erhalt des Status quo angewiesen. Im übrigen ist politische Bildung unverzichtbar, um das Bewußtsein der Bürger zu schärfen und sie über politische Entwicklungen zu informieren.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	GRÜNE	Kapitel 02 050 Titel 684 21	abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE nein Enth. ja ja
		Ansatz	
		6 750 000 DM	
		Titel 684 20	
		Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Einrichtungen, die nach § 23 Weiterbildungsgesetz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind	
16	GRÜNE	Ansatz	abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE nein nein nein ja
		370 000 DM	
		Die Ansätze werden um insgesamt erhöht.	
		800 000 DM	
		Kapitel 02 050 Titel 684 40	
		Zuschüsse zur Förderung und Verbreitung des Friedensgedankens	
		von	
		um	
		auf	
		Der Ansatz wird erhöht.	
		50 000 DM	
		20 000 DM	
		70 000 DM	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	CDU	Kapitel 02 060 Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen Die Gesamtausgaben von 2 905 000 DM werden um 905 000 DM auf 2 000 000 DM gekürzt. Begründung Veranstaltungsaufwendungen des Wissenschaftszentrums sind aufgrund der allgemeinen Haushaltslage entsprechend zu beschränken. Für Veranstaltungen sollen Drittmittelfinanzierungen herangezogen werden. Der Mitteleinsatz für die Öffentlichkeitsarbeit ist zu konzentrieren und zusätzliche Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Beschäftigte sind aufgrund der Haushaltslage auszusetzen. Die Zielsetzung des Wissenschaftszentrums muß überprüft werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags

- Anlage zu Vorlagen 11/3402
11/3403
11/3404
11/3405
11/3406

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1995

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Anlage: Änderung in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
02 020	Allgemeine Bewilligungen				
TGr. 73	Deutschlandprogramm der Landesregierung Haushaltsvermerk Nr. 1: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Haushaltsvermerke Nr. 2 bis 5 unverändert.				
429 73	Nicht aufteilbare Personalausgaben	50.000	- 50.000		-
653 73	Zuweisungen für den kommunalen Bereich	450.000	- 150.000		300.000
	Verpflichtungsermächtigung nach dem Entwurf 500.000 DM weniger 500.000 DM neu - DM				
	<u>Einzelplanabschluss</u>	2.783.900		-	2.783.900
	Gesamteinnahmen				
	Gesamtausgaben	167.925.700	- 200.000		167.725.700
	Verpflichtungsermächtigungen	20.630.000	- 500.000		20.130.000